

Die baltischen Staaten planen, ihre Binnengrenzen am 15. Mai für die Einwohner der drei Länder zu öffnen, schrieb der lettische Premierminister Krisjanis Karins (Einigkeit) diese Woche auf Twitter.



Lettische Premierminister Krišjānis Kariņš. (Foto: Europäisches Parlament, CC BY 2.0)

Während einer Videokonferenz einigten sich Karins, der litauische Premierminister Saulius Skvernelis und der estnische Premierminister Juri Ratas heute darauf, ihre Binnengrenzen ab 15. Mai für die Einwohner der drei Länder zu öffnen.

Gleichzeitig fügte Karins hinzu, dass Personen, die aus einem anderen Land ankommen, sich einer 14-tägigen Selbstquarantäne unterziehen müssen.

Considering the successful containment of [#COVID19](#) across Baltics, in call with [@ratasjuri](#) and [@Skvernelis_S](#) agreed on opening of internal Baltic borders from

May 15 and free movement of our citizens. The citizens arriving from other countries have to obey 14 day self-isolation.

— Krišjānis Kariņš (@krisjaniskarins) [May 6, 2020](#)

Das Büro des Premierministers teilte der LETA mit, die Premierminister der baltischen Staaten seien sich einig, dass die erfolgreichen Maßnahmen aller drei Länder zur Eindämmung der Ausbreitung von Covid-19 ein ausreichender Grund für die Abschaffung der Kontrollen an den Binnengrenzen zwischen den drei Ländern ab dem 15. Mai seien.

„Die Bewohner der baltischen Staaten werden somit in den Genuss der Freizügigkeit in der Region kommen. Im Gegenzug müssen Bewohner, die aus anderen Ländern einreisen, weiterhin 14 Tage lang eine Selbstquarantäne einhalten“, erklärte Karins' Büro, schreibt das Nachrichtenportal The Baltic Times.

Die Außenminister der baltischen Staaten wurden angewiesen, sich auf praktikable Schritte zur Aufhebung der Beschränkungen und zum Austausch von Informationen über Personen, die aus Drittländern in die Region einreisen, zu einigen.

Um die Zusammenarbeit der baltischen Staaten bei der Abschaffung der Covid-19-Beschränkungen zu koordinieren, fand am 6. Mai auch eine Videokonferenz zwischen den Gesundheitsministern der baltischen Staaten statt.

ap